

# presse

---

## Sachverständige fordern Anerkennungsgesetz

Anlässlich des öffentlichen Fachgespräches zum Thema "Verbesserte Anerkennung ausländischer Abschlüsse und Berufsqualifikationen" erklärt der stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Swen Schulz:

Die Sachverständigen sind sich einig, dass in Deutschland die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüsse und Berufsqualifikationen deutlich verbessert werden muss. So wurde die vorgesehene Verfahrensdauer von sechs Monaten als zu lang eingestuft. Weiterhin gab es Unverständnis über die Ankündigung der Bundesregierung, das Anerkennungsverfahren mit Blick auf die "arbeitsmarktliche Verwertbarkeit" zu beschränken, erklärt Swen Schulz.

Die Sachverständigen sind sich einig, dass in Deutschland die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüsse und Berufsqualifikationen deutlich verbessert werden muss. Dafür muss die Bundesregierung endlich den lange angekündigten Gesetzentwurf vorlegen, in dem der Rechtsanspruch auf ein Anerkennungsverfahren formuliert wird. Das heutige Anerkennungs-Wirrwarr wird weder dem Problem des Fachkräftemangels gerecht noch hilft es bei der Integration von Migranten. Es ist darum ein bundesweit einheitliches, transparentes und verlässliches Verfahren nötig.

In einigen wichtigen Punkten wurden die von der Bundesregierung vorgelegten Eckpunkte für die verbesserte Anerkennung kritisiert. So wurde die vorgesehene Verfahrensdauer von sechs Monaten als zu lang eingestuft. Weiterhin gab es Unverständnis über die Ankündigung der Bundesregierung, das

Anerkennungsverfahren mit Blick auf die "arbeitsmarktliche Verwertbarkeit" zu beschränken. Das setzt unrealistische Prognosen voraus, für wen und in welchem Bereich eine Anerkennung sinnvoll ist. Darüber hinaus wurde eine stärkere Unterstützung für die Zugewanderten eingefordert, damit sie sich den deutschen Bedingungen entsprechend weiterqualifizieren können.

Diese Forderungen hat die SPD-Bundestagsfraktion bereits in ihrem Antrag aus dem letzten Jahr formuliert: ein bundesweit geregeltes Anerkennungsverfahren mit einem Rechtsanspruch auf ein Ergebnis innerhalb von drei Monaten für alle - unabhängig von Herkunftsland oder Beruf. Und: Es ist eine adäquate Förderung von Qualifizierten nötig, etwa durch ein Einstiegs-BAföG, weil die bestehenden Förderinstrumente an dieser Zielgruppe zu häufig vorbeigehen.